Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8642**

17. Wahlperiode 10. 02. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Garrelt Duin, Hubertus Heil (Peine), Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/8346 –

Chancen nutzen – Vorsorgende Wirtschaftspolitik jetzt einleiten

A. Problem

Der Antrag beinhaltet Maßnahmen zur Krisenbewältigung auf europäischer und nationaler Ebene. Vorgeschlagen werden unter anderem ein Investitionsprogramm zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, sozial orientierte Wachstumsprogramme neben Strukturreformen und Konsolidierungsmaßnahmen für überschuldete Mitgliedstaaten, der Ausbau der Währungsunion zur stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Fiskalunion mit ausgeglichenen Leistungsbilanzen, die Umsetzung der Finanztransaktionssteuer; Konjunkturstabilisierung durch Zukunftsinvestitionen, der Umbau des Energiesystems, der Verzicht auf Steuersenkungen und die Vorlage von Gesetzentwürfen zu Mindestlohn sowie Kurzarbeitergeld.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

E. Bürokratiekosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/8346 abzulehnen.

Berlin, den 8. Februar 2012

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken	**Dr. Georg Nüßlein**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Georg Nüßlein

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/8346** wurde in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Januar 2012 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, an den Haushaltsausschuss, an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, an den Ausschuss für Arbeit und Soziales, an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, an den Ausschuss für Gesundheit, an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, an den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Fraktion der SPD erfordert das Ineinandergreifen von Finanzkrise, Staatsfinanzierungskrisen, Rezessionsgefahr und ökonomische Ungleichgewichte in Europa eine umfassende Strategie für ein wirtschaftliches Wachstum in Deutschland, da für das laufende Gesamtjahr von einem Stillstand ausgegangen werden muss. Die Prognosen sind von der weiteren Entwicklung der Krise im Euro-Raum abhängig. Deutschland ist zwar ein Eckpfeiler ökonomischer Stärke in Europa, aber auch vom Export in das restliche Europa abhängig. Durch die Verzögerungs- und Hinhaltetaktik der Bundesregierung auf europäischer Ebene ist die Unsicherheit auf den Märkten gestiegen. Die Abhängigkeit von den Risiken des Weltmarktes muss durch eine Stärkung der Binnennachfrage flankiert werden. Relevant sind dabei vor allem Innovationen und Investitionen. Die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sind ein moderner industrieller Sektor im Zusammenwirken mit einem leistungsfähigen Dienstleistungssektor. Bezüglich der Energiewende ist ein nationales Energiekonzept nötig. Die Energiepolitik muss verlässlich sein und wettbewerbsfähige Preise fördern.

Weiterhin wird die Haushaltskonsolidierung vernachlässigt, es wird nicht entschlossen konjunkturell gegengesteuert. Die Fraktion der SPD hat ein Finanzierungskonzept entwickelt, mit dem die Einnahmebasis erweitert werden und diese Mittel gezielt für einen Pakt für Bildung und Entschuldung eingesetzt werden sollen. Da funktionsfähige Finanzmärkte eine wesentliche Voraussetzung für Investitionen und eine stabile Wirtschaft sind, gilt es, die Finanzmärkte wirksam zu regulieren. Die Arbeitsmarktpolitik muss Chancen eröffnen und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle ermöglichen.

Die Bundesregierung wird im Antrag der Fraktion der SPD unter anderem aufgefordert, definitive Regeln dafür zu vereinbaren, dass die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Fiskalunion ausgebaut wird. Darüberhinaus soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde in Deutschland einführt. Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, ein umfassendes Konzept für eine Energiewende vorzulegen, das ein bezahlbares und nachhaltiges Energiedienstleistungssystem gewährleistet.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 17/8346 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/8346 in seiner 76. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/8346 in seiner 81. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/8346 in seiner 62. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/8346 in seiner 90. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 17/8346 in seiner 57. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/8346 in seiner 63. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/8346 in seiner 64. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/8346 in seiner 64. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 17/8346 in seiner 64. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/8346 in seiner 53. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 17/8346 in seiner 49. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/8346 in seiner 57. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 17/8346 in seiner 60. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8346 zu empfehlen.

Berlin, den 8. Februar 2012

Dr. Georg Nüßlein
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333